

Stand: 09.05.2025 17:56:25

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/22481

"Wärmewende jetzt - Sanierungsfahrpläne für staatliche Gebäude erstellen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/22481 vom 28.04.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/23389 des BV vom 23.06.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 119 vom 05.07.2022
4. Beschluss des Plenums 18/23784 vom 20.07.2022
5. Plenarprotokoll Nr. 121 vom 20.07.2022



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Dr. Sabine Weigand, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Rosi Steinberger, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Wärmewende jetzt – Sanierungsfahrpläne für staatliche Gebäude erstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Gesamtkonzept mit Sanierungszielen für den staatlichen Gebäudebestand zur Erreichung einer klimaneutralen Wärmeversorgung bis 2028 vorzulegen. Darauf basierend sollen unter Einbezug des Bewertungssystems Nachhaltiges Bauen (BNB) Sanierungsfahrpläne erstellt und veröffentlicht werden, die eine zielorientierte Abarbeitungsreihenfolge der erforderlichen Gebäudesanierung für das jeweilige Gebäude bzw. den Gebäudekomplex aufzeigen. Bei der Erstellung der Sanierungsfahrpläne ist zudem zu prüfen, inwiefern Dächer und Fassaden der Gebäude für die Nutzung von Photovoltaik und Solarthermie – auch in Kombination mit Gebäudebegrünung – genutzt werden können.

Begründung:

In Bayern herrscht Stillstand beim Klimaschutz. Die Gesamtmenge der energiebedingten CO₂-Emissionen ist in Bayern von 77,5 Mio. t im Jahr 2018 auf 79,3 Mio. t im Jahr 2019 sogar angestiegen. Der Bereich Wärme ist in Bayern für 35 Prozent der gesamten CO₂-Emissionen verantwortlich. Während bei der Stromversorgung zumindest rund die Hälfte aus erneuerbaren Quellen stammt, dominieren bei der Wärme noch eindeutig die fossilen Energien: knapp 80 Prozent der Wärmeversorgung wird von fossilen Energieträgern mit sehr hohen CO₂-Emissionen, vor allem Heizöl und Erdgas, getragen. Seit 2018 ist sogar eine Abnahme des Anteils erneuerbarer Energien festzustellen. Und auch beim Wärmeverbrauch insgesamt ist in Bayern in den letzten zehn Jahren kaum eine Reduktion zu verzeichnen. Hier besteht also dringender Handlungsbedarf sowohl bei der Einsparung von Energie als auch beim Ausbau erneuerbarer Quellen für die Wärmeversorgung. Gerade im Gebäudebereich schlummert ein enormes Potenzial zur Einsparung von Treibhausgasen und von Rohstoffen. Die Potenziale zur Einsparung gilt es endlich zu nutzen, sonst werden die Klimaziele nicht erreicht. Gleichzeitig bestätigt die Energiepreiskrise und die Abhängigkeit von russischen Energieimporten die Notwendigkeit einer klimaneutralen Energieversorgung. Der Einstieg in die Unabhängigkeit kann nur gelingen, wenn wir endlich die Wärmewende mit konkreten Maßnahmen voranbringen. Um das Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestands bis 2040 zu erreichen, ist eine Kombination aus Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien notwendig. Eine entscheidende Rolle hierbei spielt die Sanierung des Gebäudebestandes. Gerade dem staatlichen Hochbau mit seinen rund 11 000 Gebäuden kommt hier eine besondere Verantwortung und Vorbildfunktion zu, so wie es auch Art. 3 des Bayerischen Klimaschutzgesetzes (BayKlimaG) vorsieht. Deshalb soll für den

staatlichen Gebäudebestand unter Berücksichtigung des Bauwerkszuordnungskatalogs (BWZ-Katalog) und der Baualtersklassen ein Gesamtkonzept mit Sanierungszielen vorgelegt werden, aus denen dann gebäudeindividuelle energetische Sanierungsfahrpläne zur Erreichung einer klimaneutralen Wärmeversorgung erstellt und veröffentlicht werden. Diese sind von den jeweils zuständigen Ressorts zu erarbeiten und sollen neben einer Priorisierung von Sanierungsmaßnahmen, Einsparpotenziale und Kostenschätzungen beinhalten. Ausgenommen hiervon sind Gebäude, die mindestens der Energieeffizienzklasse B genügen (vgl. GEG – Gebäudeenergiegesetz) und Gebäude, die nur zum vorübergehenden Aufenthalt bestimmt sind (z. B. Lager, Ställe etc.) Bei der Erstellung der Sanierungsfahrpläne ist zudem zu prüfen, inwiefern Dächer und Fassaden für die Nutzung von Photovoltaik und Solarthermie genutzt werden können, auch in Kombination mit Maßnahmen zur Gebäudebegrünung.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 18/22481

Wärmewende jetzt - Sanierungsfahrpläne für staatliche Gebäude erstellen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Ursula Sowa**
Mitberichterstatler: **Josef Schmid**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 17. Mai 2022 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung hat den Antrag in seiner 61. Sitzung am 23. Juni 2022 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

Sebastian Körber
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vorher rufe ich noch **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist Zustimmung aller Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Vehrte Damen und Herren, wir haben nun 18:35 Uhr. Wir haben noch die Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften auf der Tagesordnung. Der Minister Glauber ist hier und würde diesen Gesetzentwurf noch einbringen. Er hat mir signalisiert, dass er im Anschluss nicht mehr reden würde. Deshalb würde ich nur ungern eine halbe Stunde vor Ende der offiziellen Zeit die Sitzung schließen. Ich schlage Ihnen vor, die Erste Lesung noch mit dem Zusatz durchzuführen, dass wir zum Schluss – darüber würde ich abstimmen lassen – den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Umwelt- und Verbraucherschutz als federführendem Ausschuss überweisen. Darüber würde ich jetzt abstimmen lassen, weil nach 19:00 Uhr keine Abstimmung mehr durchgeführt werden kann. Wenn hiermit Einverständnis erklärt wird, würden wir beschließen, dass wir den Gesetzentwurf dem Umweltausschuss überweisen und dann mit der Ersten Lesung beginnen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das sehe ich nicht. Dann machen wir das so.

Ich frage also zuerst ab, ob wir den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz als federführendem Ausschuss überweisen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLERN, der AfD, der SPD und der FDP. Fraktionslose Abgeordnete sehe ich nicht.

3. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Dr. Wolfgang Heubisch u.a. und Fraktion (FDP)
Into Space I: Freiheitszonen für die Weltraumforschung
Drs. 18/21925, 18/23390 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

4. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Dr. Wolfgang Heubisch u.a. und Fraktion (FDP)
Into Space II: Startplatz für Microlauncher
Drs. 18/21926, 18/23391 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

5. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Dr. Wolfgang Heubisch u.a. und Fraktion (FDP)
Into Space III: Nationales Weltraumgesetz
Drs. 18/21927, 18/23392 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

6. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Dr. Wolfgang Heubisch u.a. und Fraktion (FDP)
Into Space IV: Internationalen Weltraumvertrag aktualisieren
Drs. 18/21928, 18/23398 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

7. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Dr. Wolfgang Heubisch u.a. und Fraktion (FDP)
Into Space V: Finanzierungsbedingungen der Raumfahrt sichern
Drs. 18/21929, 18/23399 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

8. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Albert Duin u.a. und Fraktion (FDP)
Into Space VI: Anhörung zur Luft- und Raumfahrtstrategie in Bayern
Drs. 18/21930, 18/23401 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

9. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Albert Duin u.a. und Fraktion (FDP)
Into Space VII: Experimentier-Satellit für Grundlagen- und anwendungsorientierte Forschung
Drs. 18/21931, 18/23402 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

10. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Albert Duin u.a. und Fraktion (FDP)
Into Space VIII: Prüfung des Bedarfs von Testhallen für die Weltraumforschung
Drs. 18/21932, 18/23327 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Albert Duin u.a. und Fraktion (FDP)
Into Space IX: Ausweitung der Grundlagen- und anwendungsorientierten Forschung
Drs. 18/21933, 18/23413 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

12. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Albert Duin u.a. und Fraktion (FDP)
Into Space X: Wissenschaftswettbewerb im Bereich der Luft- und Raumfahrt ausschreiben
Drs. 18/21934, 18/23414 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Dr. Wolfgang Heubisch u.a. und Fraktion (FDP)
Nachhaltige Raketentreibstoffe in Bayern entwickeln
Drs. 18/21935, 18/23400 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Für mehr Fachkräfte in Kitas und der gesamten Kinder- und Jugendhilfe – Ausbildungskapazitäten steigern, Gründung von Fachakademien erleichtern
Drs. 18/22109, 18/23485 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
					<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Pflegekräftemangel im Blick V – Vollfinanzierung der einjährigen Ausbildung zur Pflegefachhelferin/zum Pflegefachhelfer
Drs. 18/22201, 18/23285 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Stärkung des Heimatschutzes in Bayern
Drs. 18/22205, 18/23333 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>				

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Potenzial zur Personalgewinnung für die Kinderbildung und -betreuung in Bayern erfassen, zielgerichtete Maßnahmen einleiten
Drs. 18/22210, 18/23486 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wärmewende jetzt – Sanierungsfahrpläne für staatliche Gebäude erstellen
Drs. 18/22481, 18/23389 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

19. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Rundfunkbeitrag aufgrund der steigenden Inflation aussetzen
Drs. 18/22500, 18/23364 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

20. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl u.a. CSU
Vorsteuerabzug bei Einrichtungen mit einem gesundheitsfördernden Bezug
hier: Kur und Erholung
Drs. 18/22542, 18/23330 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Traditionen erhalten – ermäßigte Biersteuersätze für kleine und mittelständische Brauereien sowie eine dauerhaft reduzierte Umsatzsteuer in der Gastronomie
Drs. 18/22571, 18/23415 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ferdinand Mang u.a. und Fraktion (AfD)
Günstige Lebensmittel im Supermarkt:
Umsatzsteuer aussetzen, Wettbewerb stärken!
Drs. 18/22572, 18/23331 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen,
Dr. Wolfgang Heubisch, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
BAföG ausweiten und digitalisieren
Drs. 18/22574, 18/23365 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

24. Antrag der Abgeordneten Christian Flisek,
Volkmar Halbleib, Doris Rauscher u.a. SPD
Beteiligung bei der Reform des Hochschulrechts:
Sachverständigenanhörung zum Gesetzentwurf des
Bayerisches Hochschulinnovationsgesetzes (BayHIG)
Drs. 18/22690, 18/23366 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

25. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart,
Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Keine Fortsetzung des Unrechtes über das Hausrecht: Sonderregeln an
Hochschulen und Forschungseinrichtungen untersagen, die über die
geltende Infektionsschutzmaßnahmenverordnung hinausgehen
Drs. 18/22702, 18/23367 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Cemal Bozođlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Dr. Sabine Weigand, Dr. Markus Böhler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Rosi Steinberger, Hans Urban, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 18/22481, 18/23389

Wärmewende jetzt – Sanierungsfahrpläne für staatliche Gebäude erstellen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Dr. Wolfgang Heubisch

VI. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Ursula Sowa

Abg. Josef Schmid

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Uli Henkel

Abg. Hans Friedl

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Sebastian Körber

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 27** auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u.

a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wärmewende jetzt - Sanierungsfahrpläne für staatliche Gebäude erstellen

(Drs. 18/22481)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Erste Rednerin ist Kollegin Ursula Sowa von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ursula Sowa (GRÜNE): Lieber Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt zu später Stunde über Sanierungsfahrpläne zu sprechen, ist, glaube ich, gut. Das ist etwas sehr Praktisches, etwas, das uns alle angeht. Nicht zuletzt hier im Landtag wird ja fleißig saniert. Sie wissen ja, dass der Landtag saniert wird. Bis vor Kurzem standen hier noch überall Eimer.

Dieser Landtag ist ein Gebäude von 11.000, die der Freistaat unter seinen Fittichen hat. Er wäre ein gutes Beispiel, wie man Sanierungsfahrpläne transparent und bürgerfreundlich zeigen könnte. Was sich dahinter verbirgt, werde ich noch erläutern.

Wir müssen auch den Brückenschlag zu den Hitzerekorden finden, die wir derzeit erleben. Wir alle werden jeden Tag immer wieder daran erinnert, wie wichtig der Klimaschutz ist. Wir sollten daher den Brückenschlag zu unseren Gebäuden finden. Was haben die Gebäude mit dem Hitzerekord zu tun? – Gerade die Sanierung von Gebäuden kann dazu beitragen, die Treibhausgasemissionen zu vermindern. Wir wollen den klimaneutralen Gebäudebestand spätestens bis 2040 erreichen.

Der Freistaat geht ja weiter: Die Staatsverwaltung will sogar bis 2028 klimaneutral werden. Um ein Musterbeispiel für das Ziel 2028 zeigen zu können, muss man sich meiner Meinung nach aber anstrengen. Die Gebäude in Bayern verursachen nämlich

rund ein Drittel der gesamten CO₂-Emissionen, und um diese in den Griff zu bekommen, muss man tätig werden. Eindeutig dominieren noch die fossilen Energien mit knapp 80 %, vor allem Heizöl und Erdgas mit sehr hohen CO₂-Emissionen. Um diese Emissionen deutlich zu reduzieren, müssen wir rangehen.

Was heißt: rangehen? – Indem wir Sanierungsfahrpläne aufstellen und uns an diese dann auch halten. Der Bund hat mit dem Klimapakett und dem Gebäudeenergiegesetz die Weichen schon richtig gestellt. Jetzt ist aber auch Bayern gefragt, endlich die notwendigen Schritte einzuleiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Von der Staatsregierung ist leider nur noch Frau Trautner da; schön. Ich vermisse aber den Bauminister oder auch andere Minister, die sich vielleicht einbringen könnten. Die Staatsregierung sollte ihrer Verantwortung nachkommen und auch hier eine Vorbildfunktion einnehmen. Das Klimaschutzgesetz sieht dies ja auch vor. Ich betone noch einmal: 11.000 Gebäude, die in öffentlicher Hand sind, wären ein wunderbares Beispiel, um zu zeigen, wie man mit den Sanierungszielen voranschreiten kann.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Was wir also brauchen, ist ein Gesamtkonzept. Ausgehend von den Sanierungszielen, die wir selber aufstellen, können wir gebäudeindividuell energetische Sanierungsfahrpläne erstellen.

Die Vorzüge unseres Antrages werde ich jetzt schlagwortartig zusammenfassen. Ein Sanierungsfahrplan kann nämlich aufzeigen, wie viel Energie ein Gebäude verbraucht, wie viel es hier hereinregnet und welche Möglichkeiten der energetischen Gebäudesanierung in dem Gebäude stecken. Dabei geht es zum einen um kurzfristig umsetzbare Energiesparmaßnahmen, zum Beispiel die Modernisierung der Anlagentechnik oder der Gebäudehülle. Darüber hinaus zeigt der Sanierungsfahrplan aber auch auf, wie das Gebäude schrittweise langfristig umfassend energetisch saniert werden kann. Bei

der Erstellung der Sanierungsfahrpläne kann zudem auch geprüft werden, inwiefern Dächer und Fassaden für Photovoltaik und Solarthermie genutzt werden können. Photovoltaik gehört auf jedes Dach, und zwar nicht als Angebot. Vielmehr müsste dies flächendeckend eine Selbstverständlichkeit sein.

Ein Sanierungsfahrplan wird von allen Fachleuten empfohlen und kann natürlich auch – deswegen stelle ich diesen Antrag und appelliere an Sie, dass Sie diesem Antrag folgen – dazu führen, dass die Gebäude, die in öffentlicher Hand sind, kommunikativ so wirken, dass auch Private oder Kommunen ihre Sanierung gerne anpacken und angreifen. Wenn der Freistaat dies also vorbildlich macht, könnten andere nachziehen. Ich bin zuversichtlich, dass damit hinsichtlich Klimaneutralität ein großer Schritt gemacht werden kann und auch das hehre Ziel, diese bis 2028 zu erreichen, tatsächlich nicht utopisch ist. Die Zeit drängt. Ich meine, wenn die Staatsregierung den Antrag, Sanierungsfahrpläne für jedes Gebäude zu erstellen, aufgreifen würde, könnten wir alle auch interfraktionell damit zufrieden sein.

Jetzt ist es so, dass dieser Antrag natürlich schon im Bauausschuss behandelt worden ist. Ich bin jetzt auf die Redebeiträge, die folgen werden, insbesondere wahrscheinlich von Herrn Kollegen Schmid, gespannt; denn im Ausschuss wurde als Reaktion auf unseren Antrag suggeriert und behauptet: Wir machen das ja schon. Haben Sie aber schon einmal vom Landtag gehört, was bei diesem Gebäude nach der Sanierung eingespart wird? Also ich nicht. Wenn ich das Haus führen könnte, würde ich sagen: Das wäre doch etwas; gleich eine Tafel am Eingang – unsere Besuchergruppen sind da –: Der Freistaat wird hier vorbildlich sanieren; vor der Sanierung betrug die CO₂-Emissionen soundso viel; nach der Sanierung werden wir peu à peu klimaneutral sein. Das wäre doch etwas.

Vielleicht könnten Sie Ihren Redebeitrag in diese Richtung lenken. Ich freue mich sehr, wenn wir hier heute interfraktionell Zustimmung erhalten. Das wäre etwas. Ein Anfang wäre gemacht.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es folgt dann der Kollege Josef Schmid von der CSU-Fraktion.

Josef Schmid (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Frau Kollegin Sowa! Das scheint eine nette Debatte zum Schluss des Plenartags zu werden. Ich habe mich vorher auch gefragt, was Sie denn Neues bringen, und war richtig gespannt; denn wir haben diesen Antrag ja intensiv im Ausschuss behandelt. Jetzt kam nichts Neues, sondern dasselbe Thema wurde einfach wiederholt. Deswegen dürfen Sie jetzt von mir auch keine Überraschungen erwarten. Jetzt kommt eben das, was wir schon im Ausschuss erörtert haben. Wir sagen es eben noch einmal.

Die Ausschusssitzung war sehr spannend. Nicht nur ich habe meine Einstellung, dass der Freistaat mit mehreren Programmen in diesem Bereich schon sehr gut unterwegs ist, erläutert, sondern auch das Ministerium hat eine, wie ich meine, interessante Auskunft erteilt. Namentlich haben uns Leitende Baudirektorin Mantel und Ministerialrat Scherer dargelegt, dass wir bis 2030 etwa 80 % der entsprechenden Gebäude, das heißt, wo das möglich ist, saniert und mit modernen Anlagen versehen haben werden. 80 % – ich finde, das ist eine beachtliche Zahl. Kollege Thorsten Schwab hat nachgerechnet und ist sogar auf 90 % gekommen.

Das war für mich schon das im Grunde versöhnliche Ende der Beratung im Ausschuss. Es hat sich nämlich gezeigt, dass die Staatsregierung ein Konzept hat, nach dem sie vorgeht, und sie das wichtige Thema der Sanierung von staatlichen Gebäuden angeht.

Die Staatsregierung geht es aber mit Augenmaß an, das heißt, sie saniert, wenn die Sanierung ansteht. Natürlich könnten wir auch Gebäude, die erst drei Jahre alt sind, jetzt einfach abreißen und etwas nach dem heutigen Stand der Technik hinstellen. Das würde locker sofort einen zweistelligen Milliardenbetrag kosten; das wären Sonderkosten.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Mehr!)

– Kollege Bausback ruft mir zu: "Mehr!" Vielleicht wäre es also noch mehr.

Aber das wäre hinten und vorn nicht wirtschaftlich. Es wäre auch nicht vernünftig, weil ein drei Jahre altes Gebäude natürlich besser dasteht als ein zwanzig Jahre altes. Der Sanierungszyklus im Programm der Staatsverwaltung umfasst halt zwanzig Jahre.

Ich finde es logisch, und es ergibt Sinn – das ist uns dargelegt worden –, wenn wir die Gebäude Schritt für Schritt, das heißt dann, wenn sie zur Sanierung anstehen, sanieren und auch energetisch auf den neuesten Stand bringen. Das ist auch wirtschaftlich. Schon über 300 Millionen Euro sind dafür verbaut worden, und weitere Mittel – die auch zur Verfügung stehen – werden permanent verbaut. Diese Aufgabe kann man also auch leisten.

Die Gebäude dagegen auf einen Schlag abzureißen und für einen zweistelligen oder vielleicht noch höheren Milliardenbetrag komplett neu hinzubauen, wäre wirtschaftlich einfach völlig unvernünftig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen werden wir Ihrem Antrag nicht zustimmen.

In Ihrem Antrag nennen Sie auch das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen – BNB. Ich weiß immer noch nicht, was das mit Sanierungsfahrplänen zu tun hat; denn es ist ein System, das hier nicht wirklich passt. Insofern kann ich nur sagen: Die Politik, die die Staatsregierung macht, ist vernünftig und wirtschaftlich darstellbar – und gerade deswegen auch zielführend. Wir bleiben dabei.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Schmid, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Wir haben eine Zwischenbemerkung des Kollegen Martin Stümpfig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kollege Schmid, wir haben in Bayern über 5.500 beheizte staatliche Gebäude. Für deren Sanierung haben wir lange Zeit im Haushalt nur 30 bis 40 Millionen Euro bereitgestellt. Das ist lächerlich, wenn man sich anschaut, dass allein die Sanierung einer normalen Schule etwa 15 Millionen Euro kostet. Mit den Mitteln, die Herr Füracker in den Etat eingestellt hat, können Sie pro Jahr also nur eine Handvoll Gebäude sanieren.

Wie also können Sie hier sagen, dass Sie den gesamten Gebäudebestand bis zum Jahr 2030 sanieren wollen? Diese Aussage, die Sie heute getätigt haben, finden wir übrigens nirgendwo sonst. Wo sind die Sanierungsmillionen? Diese müssen endlich eingestellt werden. Wir stellen fest: Der Verbrauch an Öl und Gas geht Jahr für Jahr weiter nach oben. Er reduziert sich in keiner Weise, sondern geht immer weiter nach oben. Wir brauchen endlich Maßnahmen, sowohl um die Abhängigkeit von Öl und Gas zu reduzieren als auch für den Klimaschutz.

Deshalb formuliere ich noch einmal die klare Frage: Wie viel Geld stellen Sie nächstes Jahr in den Haushalt ein, um den Zehnjahresplan, den Sie gerade angedeutet haben, wirklich realisieren zu können?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Schmid, bitte.

Josef Schmid (CSU): Herr Kollege Stümpfig, die Zahlen sind so: Wir haben 11.000 staatliche Gebäude; davon sind circa 9.000 wärmerrelevant. Im Rahmen des Sonderprogramms zur energetischen Sanierung, das schon seit einiger Zeit läuft und die gezielte Förderung von Einzelmaßnahmen an Bestandsgebäuden, insbesondere an der Gebäudehülle und bei der Wärmeversorgung, vorsieht, werden – ich nenne Ihnen den Betrag noch einmal explizit und lese ihn vor – über 340 Millionen Euro ausgegeben. Bis zum Jahr 2030 werden wir 90 % geschafft haben. Das ist doch eine hervorragende Zahl. Sie fordern, bis 2028 100 % zu erreichen. Wir schaffen bis 2030 90 %. Das ist

doch eine hervorragende Zahl. Wir erreichen dieses Ziel zudem auf vernünftige Weise.

Ich sage es noch einmal: Hinter Ihrem Antrag steckt die Forderung, auf einen Schlag alles zu machen, das heißt alles abzureißen, auch wenn die Gebäude erst vor drei Jahren errichtet bzw. saniert wurden. Das wäre unvernünftig und würde einen zweistelligen Milliardenbetrag kosten.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

– Das steckt doch inhaltlich dahinter. Deswegen ist das, was ich gesagt habe, richtig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Uli Henkel von der Fraktion der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Uli Henkel (AfD): Herr Präsident, geschätzte Kollegen! Der staatliche Gebäudebestand soll laut dem vorliegenden Antrag der Kollegin Sowa – die sehr charmant und sehr konzilient aufgetreten ist – bis 2028 in Hinsicht auf eine klimaneutrale Wärmeversorgung ertüchtigt werden. Darum sollen zunächst für rund 11.000 Gebäude Sanierungsfahrpläne erstellt werden, die eine Abarbeitung der Reihenfolge aufzeigen und auf dem Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen basieren. Diese Fahrpläne sollen nach dem Wunsch der GRÜNEN auch die Information enthalten, ob Dächer und Fassaden der jeweiligen Gebäude für Photovoltaik, Solarthermie und Gebäudebegrünung genutzt werden können.

Ein Kollege im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr nannte das Vorhaben und den dafür veranschlagten Zeitrahmen "sehr ambitioniert". Ich nenne ihn illusorisch, ideologiegetrieben und völlig weltfremd. Die 11.000 Gebäude müssten ja zunächst einmal katalogisiert, dann klimatechnisch analysiert und schließlich noch planerisch vor-

bereitet werden. Dazu bräuchte man aber eine Armada an Technikern, Energieexperten, Architekten und Ingenieuren – schon in der Vorbereitungsphase. Woher sollen denn all diese Fachleute kommen?

Anschließend ginge es in die Bau- und Umsetzungsphase. Das aber wäre das nächste Riesenproblem bei Ihrem Klimaprojekt, weil wir aktuell einen gravierenden Mangel an Handwerkern haben, was Ihnen offensichtlich entgangen ist oder was Sie einfach ignorieren. Im bayerischen Handwerk fehlen aktuell über 40.000 Fachkräfte; deutschlandweit sind laut dem Zentralverband des Deutschen Handwerks sogar 250.000 Stellen unbesetzt.

Dass Baumaterialien zurzeit immer teurer werden, sehr knapp und teilweise sogar überhaupt nicht mehr lieferbar sind, ist offensichtlich auch nicht in Ihre Überlegungen eingeflossen. Eine Trendumkehr ist auch in diesem Bereich auf absehbare Zeit nicht in Sicht. Im Gegenteil, dieses Problem wird sich nach Meinung aller Branchenexperten sogar noch verschärfen.

Könnte eine Kosten-Nutzen-Rechnung – die Sie natürlich nicht durchgeführt haben – diesen ganzen Aufwand überhaupt rechtfertigen? – Ich sage ganz klar: Nein.

Sowohl die Kollegen im Bauausschuss als auch die im Wirtschaftsausschuss haben Ihr Vorhaben abgelehnt, und die AfD tut es heute genauso – obwohl Sie so charmant und so konzilient aufgetreten sind, sehr geehrte Frau Kollegin Sowa. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist Herr Kollege Hans Friedl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Dem heute abschließend zu behandelnden Antrag der Kolleginnen und Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unter dem Titel "Wärmewende jetzt – Sanie-

rungsfahrpläne für staatliche Gebäude erstellen" werden wir FREIE WÄHLER nicht zustimmen – genauso wie schon im Bauausschuss. Ich könnte mich jetzt setzen und Ihnen über vier Minuten Zeit schenken; Zeit ist auch ein knappes Gut. Aber als Sprecher für Bauen und Wohnen unserer Fraktion der FREIEN WÄHLER möchte ich Ihnen erklären, warum wir so abstimmen.

Das Ziel des Antrags – klimaneutrale Wärmeversorgung – steht außer Frage. Klimaneutral bedeutet für mich "frei von fossilen Brennstoffen" und ist zunächst einmal singular zu betrachten. So ist es zum Beispiel beim Betrieb einer Wärmepumpe völlig egal, woher der grüne Strom kommt; ob aus PV oder von einem Windrad auf dem Campus, sollte dabei doch keine Rolle spielen.

In Bayern gibt es rund 2.350 staatliche Anlagen, die Wärme für über 10.000 wärmerelevante Gebäude erzeugen. Die Hälfte wird schon heute über Fernwärme oder regenerativ versorgt. Somit verbleiben ungefähr 1.250 Anlagen, die nun betrachtet werden müssen. Soll heißen: Bei 50 % sind wir, was die Wärmeerzeugung angeht, schon gut.

Nun kommt etwas wirklich Teuflisches ins Spiel: die Wirtschaftlichkeit. Normalerweise geht man im Immobilienbereich bei Heizungen von Lebenszyklen von zwanzig Jahren aus. Dem vorliegenden Antrag folgend müssten auch relativ neue Heizungen ausgetauscht werden. Soll die Staatsregierung versuchen, die erst kürzlich installierten, aber jetzt auszutauschenden Heizungen bei eBay oder einer anderen Plattform zu verschern? Am Ende kommt der Rechnungshof zu einem anderen Ergebnis, und Sie aus den Oppositionsparteien haben wieder ein Thema.

Klimaschutz ja, definitiv ja, aber nicht um jeden Preis. Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Dessen muss man sich bewusst sein vor dem Hintergrund der uns begleitenden Krisen, der Pandemie und des Kriegs in der Ukraine. Klimaschutz ja. Ich meine auch, dass der Freistaat und die bei den verschiedensten Dienststellen für den Bau Verantwortlichen sich dieser Verantwortung bewusst sind und keine Maßnahme scheuen, um klimagerechter zu werden.

Leider ist nicht nur der öffentliche Sektor mit Lieferengpässen und Facharbeitermangel konfrontiert. Daneben haben wir überall steigende Preise. Damit stecken wir in einem Dilemma, aus dem wir alle gemeinsam einen Ausweg finden müssen. Ob das aber eine von oben kommende Anweisung in Form eines Fahrplans sein muss, halte ich für fraglich. Jeder hier in diesem Haus weiß, wie es um Zugfahrpläne bestellt ist.

Noch eine kurze Bemerkung zu dem im Antrag genannten BNB-Modell. Dort würde bei Sanierungen nur das Modul "Komplettsanierung" greifen. Da kann man sich schon die Frage stellen, ob das sinnvoll ist. Gibt das einen Mehrwert her, wenn man nach geltender Rechtslage sowieso verpflichtet ist, nach dem Stand der Technik zu arbeiten? Aus diesem Grund lehnen wir als Fraktion diesen Antrag ab und möchten dafür werben, unsere Sichtweise zu übernehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Natascha Kohnen von der SPD-Fraktion.

Natascha Kohnen (SPD): Sehr geehrter Herr Friedl, ehrlich gesagt bin ich jetzt zu Frau Sowa übergegangen und habe gefragt: Von was redet der Herr Friedl? Ist das ein anderer Antrag? – Ich habe den jetzt noch zweimal gelesen. Was lesen Sie denn da? Die Frau Sowa hat nur gefordert, dass ein Fahrplan für Gebäudesanierungen aufgestellt werden soll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann ist zu prüfen, wie die Fassade begrünt werden kann. Da steht drin: "zielorientierte Abarbeitungsreihenfolge". Damit meine ich, Herr Schmid: Die will das nicht auf einen Schlag haben. Wo haben Sie das denn her?

(Zurufe von den GRÜNEN)

Sie will eine Reihenfolge haben, einen Fahrplan. Das Interessante ist: Sie haben ihn vorgestellt. Was spricht denn dagegen, dass Sie diesen Fahrplan einfach mal zusammenstellen und sagen: in dem Jahr. – Dann würde auch das Publikum – oder wer auch immer sich das auf der Webseite anguckt – nämlich wissen, welches Gebäude wann wie saniert wird. Das kann man doch machen. Da spricht nichts dagegen.

Ich fand es interessant, dass Sie sagen, wir machen es doch; bis 2028 haben wir 90 % der Gebäude geschafft. – Der Herr Friedl – Sie sitzen in einer Koalition – sagt: Wir haben keine Fachkräfte, wir haben steigende Baupreise. – Er sagt also, das geht nicht. Sie sagen, es geht. – Was denn nun? Ehrlicherweise: Bei der BayernHeim, der staatlichen Baugesellschaft, wurde gesagt, innerhalb von fünf Jahren werden 10.000 Wohnungen gebaut. Das hat auch nicht funktioniert. Aber zumindest war eine Zielsetzung da. Jetzt sagen Sie: 90 %. Dann schreiben Sie der Frau Sowa jetzt auf, wann welches Gebäude von diesen 90 % saniert wird. Dann haben wir genau das, was wir haben wollen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Friedl, Sie müssen sich klarwerden und sich mal mit dem Herrn Schmid zusammensetzen, was in der Koalition denn jetzt stimmt. So ganz blicken wir da ehrlich gesagt nicht durch.

Aber der Abarbeitungsfahrplan von Frau Sowa ist vernünftig, logisch und sachorientiert. Sie will nur gewisse Dinge prüfen. Sie können es vorlegen. Das war jetzt ein etwas absurdes Theater. – Zur AfD sage ich einfach gar nichts.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Sebastian Körber von der FDP-Fraktion.

Sebastian Körber (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist unser aller Ziel, zumindest von fünf hier im Raum anwesenden Parteien,

schnellstmöglich klimaneutral zu werden. Da sind wir uns in der Analyse schon mal einig. Der Weg bis 2045, wie sich der Bund das zum Ziel gesetzt hat, bedeutet: Wir müssen über Ziele und Maßnahmen reden und dann auch darüber, wie wir das bezahlen. Das vergessen die Kollegen von den GRÜNEN aus meiner Sicht leider manchmal. Das kann man noch irgendwo nachvollziehen.

Bis 2040, wie es Markus Söder für Bayern ausgerufen hat, erachte ich das Ganze für schlichtweg nicht realisierbar, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Staatsregierung uns überhaupt noch nicht darlegen konnte, wie sie das Vorhaben vom Ziel her umsetzen möchte. Da sind wir uns auch noch einig. Es ist ja das Ziel der Staatsregierung von Markus Söder, bis 2028, wie es der Kollege Schmid dargestellt hat, einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand darzustellen. Da kann ich nur sagen: Das klingt halt so wie immer, wie ein klassischer Söder. Das kennen wir von der BayernHeim, vom WLAN im ÖPNV, von Solaranlagen auf staatlichen Dächern: viel verkündet, nichts erreicht.

Ich finde es ehrlich gesagt langsam etwas kritisch, wenn überhaupt niemand mehr von der Staatsregierung sich bemüßt fühlt, hier anwesend zu sein, wenn wir über Anträge reden.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN, der AfD und der SPD)

Weder der Bauminister noch der Umweltminister noch der Energieminister sind anwesend. Der Finanzminister ist rausgegangen. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Staatsregierung, das finde ich schon ein starkes Stück. Auch wenn man eine andere Meinung zum Antrag der Kollegen von den GRÜNEN hat, so gehört es doch zumindest zum Respekt dem Haus gegenüber, dass wenigstens ein Kabinettsmitglied anwesend ist. Vielleicht könnte man das schnell sicherstellen. Sonst müsste man sich überlegen, da mal jemanden herbeizuzitieren. Ich finde das wirklich ziemlich unsäglich gegenüber den Kollegen, die hier einen Antrag einbringen. Da sollte man zumindest anwesend sein.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind völlig überambitionierte Ziele. Die haben keinen Sinn. Dann können zumindest wir noch sachlich darüber reden. Die Staatsregierung kann sich das dann vielleicht noch nachträglich anschauen oder im Protokoll nachlesen.

Von den angesprochenen 11.000 staatlichen Gebäuden in Bayern werden derzeit etwa 1.250 mit Gas versorgt, ein paar weitere mit Öl. Fast 80 % werden von fossiler Energie getragen, wie es die Kollegin Sowa ausführt. Liebe Kollegin Sowa, man muss aber dennoch feststellen: Wenn man das bis 2028 alles austauschen möchte, sind vielleicht Anlagen dabei, die erst sieben oder acht Jahre alt sind. Dann ist das tatsächlich unwirtschaftlich. Ich finde es jetzt auch nicht richtig, was die Kollegen Friedl und Schmid gesagt haben: Na ja, da macht man eine grundsätzliche und grundständige Sanierung. Das ist auch falsch. Die energetische Sanierung ist nur ein Teilaspekt einer Sanierung, bei der man sich Heizung, Fassade, Fenster, das Dach und die untere und obere Geschossdecke anschaut und vielleicht die Anlagentechnik etwas optimieren kann. Ich sehe es nicht als ganz so schlimm an, Ersatzneubauten zu errichten und irgendwo ein Finanzamt abzureißen.

Der normale Sanierungszyklus liegt eher bei den zwanzig Jahren. Dafür hat ein Ministerium natürlich die entsprechenden Haushaltsmittel bereitzustellen. Diese sehe ich noch nicht. Ich finde es etwas schwierig, das Ganze mit der Brechstange durchzuziehen.

Da ich noch 45 Sekunden Redezeit habe, würde ich eigentlich sehr gerne die Staatsregierung auffordern. Ich betone noch einmal, dass es mich wirklich verärgert, dass niemand von der Staatsregierung da ist, um darzulegen, wie das zu bewerten ist. Ich sehe immer noch kein Mitglied der Staatsregierung im Plenarsaal. Jetzt ist zumindest die Staatssekretärin des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus anwesend. Vielleicht kann sie stellvertretend für die Staatsregierung Ausführungen machen, wie man

sich zum Antrag der Kollegen von den GRÜNEN positionieren möchte. Sie haben jetzt noch die Möglichkeit, das Wort zu ergreifen. Sonst hat es kein fachlich zuständiger Minister während der gesamten Debatte für nötig gehalten, anwesend zu sein. Das finde ich tatsächlich ziemlich erbärmlich.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der FDP und der AfD sowie der Abgeordnete Klingen (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind heute mit einem guten Tempo unterwegs gewesen. Wir waren schneller als der Zeitplan. Deswegen schließe ich die Sitzung für den heutigen Tag. Wir sehen uns morgen früh um 9 Uhr wieder. Einen schönen Abend!

(Schluss: 15:59 Uhr)